

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestelldatum monatlich 5 Mk., durch unsere Werbeträger eingetragen in der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 5,85 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Misjahre, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1,50 Mk. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Kopfzeile 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im enlischen Teil (für von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 4,50 Mk. Nachweisungs-Geld 50 Pfg. Regelmannschaft die vierteljährlich 10 Uhr. Für die Nachhilfe der durch Feraruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachanpruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen worden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 276

Sonnabend den 26. November 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Interalliierte Kommission hat die bisher verweigerte Einreiseerlaubnis für deutsche Bevollmächtigte in Oberschlesien erteilt.
- Der Preussische Landtag nahm nach einer die ganze Nacht andauernden Sitzung die neue Geschäftsordnung an.
- Der preussische Minister des Innern hat einen Erlaß zur Bekämpfung des Wuchers und der Preistreibererei herausgegeben.
- Der deutsche Vorkonkurrenz in Rom von Berenberg-Göhrler hat um seine Entlassung aus dem Reichsdienst gebeten.
- Eine Denkschrift des Bundes der britischen Industrien fordert Erleichterung der deutschen Reparationslasten.
- Zwischen England und Afghanistan ist ein für England günstiger Vertrag geschlossen worden, der den russischen Einfluß zurückdrängt.
- Der nächste internationale Bergarbeiter-Kongress wird im August 1922 in Frankfurt am Main abgehalten werden.

„Undurchführbar.“

In Deutschland ist die Gesamtorganisation der maßgebenden Industrieverbände im Augenblick Gegenstand heftiger Angriffe, weil sie das Kreditangebot an die Reichsregierung mit weitreichenden Bedingungen wirtschaftlicher Natur verbunden hat, hinter denen nicht nur die organisierte Arbeitnehmerschaft politische Druckmittel stärkter Art wittert. In England tritt zu gleicher Zeit der „Bund der britischen Industrie“ mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit, die der Undurchführbarkeit der europäischen Gesamtlage rückwärtslos zu Leibe geht. Was diese britischen Industrien hier ausführen, hat alles andere aber, nur nicht den Reiz der Neuheit. Auch von englischer Seite sind die Gründe, mit denen die Denkschrift die Unmöglichkeit einer Erleichterung der deutschen Reparationslasten vertritt, schon mehr als einmal geltend gemacht worden. Aber daß sie nun auch von der Gesamtvertretung der britischen Industrie ohne jede Verschleiierung ins Feld geführt werden, aus der Erkenntnis heraus, daß der völlige Zusammenbruch Deutschlands auch alle anderen europäischen Nationen unrettbar in seinen Strudel hineinziehen muß, ist ein Fortschritt, der immerhin mit einiger Bedauernung verzeichnet werden darf.

Die Denkschrift stellt fest, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Der erste Teil dieses Satzes ist eine Verurteilung der eigenen Regierung in London, die diesen Reparationsplan ohne deutschen Abmachungen zum Trotz durch ein unsonntägliches Ultimatum erzwingen half; der zweite Teil ein Stoß gegen Frankreich, das sich jeden Augenblick zur Gewaltanwendung bereit zeigt, falls Deutschland mit dem ihm auferlegten Reparationsplan nicht zustimmen sollte, das in solchen Fällen immer den bösen Willen Deutschlands beweisen sehen will, während in Wirklichkeit objektive Unmöglichkeiten vorliegen, denen auch der beste Wille der besten deutschen Regierung nicht entgegen kann. Die Denkschrift spricht es rundweg aus, daß die gewaltsame Eintreibung der Deutschland auferlegten Reparationen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde. Gewiß müsse Deutschland bis zum äußersten Maße seiner Fähigkeit zahlen. Aber, wenn man die britische Industrie nicht mehr als nötig schädigen wolle, müssen neue Vereinbarungen mit Deutschland gesucht werden, um die im Londoner Ultimatum festgelegten Bedingungen nach verschiedenen Richtungen hin abzumildern, mehr noch: die Last zu erleichtern, die man Deutschland auferlegt habe. Unmöglich könne der internationale Handel auf die frühere Bahn zurückkehren, unmöglich könne man neue Beziehungen auf einer dauernden Grundlage herstellen, bevor man nicht die Methode zur Liquidierung aller Kriegsschulden auf einer vernünftigen Grundlage regelt. Diese Schulden können nur in Waren und in Arbeitsleistungen abgetragen werden; Deutschland insbesondere könne sich seiner Verpflichtungen nur entledigen durch die Zahlung eines Überschusses seiner Ausfuhr über die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Bedürfnissen. Dazu müsse aber die Welt um Deutschland herum zur Entgegennahme solcher Waren und Arbeitsleistungen bereit sein, während jeder Blick in die Umwelt zeige, daß überall wachsende Tarifschwanken ausbreiten würden und daß man sich in zahlreichen Fällen weigert, Waren anzunehmen, die die Nachbarn liefern wollten. Die Reparationszahlungen hätten in den Finanzen der ganzen Welt Verwirrungen angerichtet und so eine dauernde Entwertung der deutschen Mark auf eine unbegrenzte Zeit hinaus geführt und dadurch wiederum die Ausfuhr von Fertigwaren aus Deutschland in unsummenmäßigem Maße gesteuert. So werde das industrielle Leben anderer Länder schwer geschädigt, und die Wirtschaft Europas könne unmöglich in Ordnung kommen.

In England wird diese Denkschrift sicherlich nicht tauben Ohren predigen, denn der nächste Geschäftstag der Engländer hat die hier geschilderten Zusammenhänge schon seit langem in der eigenen Verführung mit den harten Tatsachen des Wirtschaftslebens erkannt. In Frankreich

dagegen wird sie, wie alle sonstigen Stimmen der Vernunft, die sich von Zeit zu Zeit immer wieder Gehör zu verschaffen suchen, auf Ablehnung stoßen. Nicht bei den kleinen Leuten im Lande, die, wie eben erst die Abstimmungen in elf Dörfern des zerstörten Gebietes bewiesen haben, die deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau durchaus willkommen heißen. Im Durchschnitt haben sich dort 84 Prozent der Einwohner für Verwendung deutscher Arbeiter, wie unsere Gewerkschaften sie anbieten, ausgesprochen. Aber Minister Loucheur und seine Leute erklären sich von dieser Abstimmung noch immer nicht überzeugt, sie gehen zu weiteren Winkelzügen über, eben weil sie keinerlei Erleichterung für Deutschland wollen. Unterdessen verhandelt Hugo Stinnes in London über Pläne von riesenhaften Ausmaßen, für die er mit der englischen, die amerikanische und die französische Industrie vereinigen will. Wird die Vernunft, die in solch großartigen Entwürfen nach Verwirklichung strebt, sich nicht doch einmal durchsetzen können?

Frankreich bleibt gerüstet.

Frlands Widerspruch in Washington. Nachdem bereits die große Rede Briands auf der Abrüstungskonferenz in vielen Ländern, so vor allem in England, bei allen Freunden der Abrüstungseinschränkung tiefe Enttäuschung hervorgerufen hat, wurde die Absicht der Franzosen, von ihrer waffenstärkenden Armee keine Kompromisse streichen zu lassen, vollends deutlich durch eine neue Erklärung des französischen Premierministers anlässlich der Abfahrt der Konferenz, eine allgemeine Aussprache über die Einschränkung der Landbevölkerung herbeizuführen. Briand machte gegen diesen Plan heftige Opposition und erklärte, daß Frankreich unmittelbaren Gefahren laubhaften müsse und seine Armee nur vermindern könne, wenn die Gefahren von den anderen Mächten geteilt würden. Da Frankreich keine Garantien geboten worden seien, sei die

Einschränkung der Rüstungen gegenwärtig unmöglich. Auch die von England vorgeschlagene Beschränkung der U-Boot-Flotten erklärte er für Frankreich als unannehmbar. Da Briand übrigens sofort nach Paris zurückkehrte, dürfte die Landabrüstungsfrage schwerlich eine positive Lösung finden, und Briand wird mit Recht auch in manchen Ententeblättern als Saboteur der Konferenz getadelt.

Ein japanisch-amerikanischer Geheimvertrag?

Die Besprechungen zwischen den Vertretern Japans und den Vereinigten Staaten, die in Washington außerhalb des Rahmens der Konferenz stattfanden, werden dahin gedeutet, daß sie einen geheimen Vertrag zum Ziele haben, nach dem Amerika Japan seine chinesischen Besitzungen garantiert und dafür von Japan Zugeständnisse in der Flottenfrage erlangt. Für die Flottenfrage ist den Japanern anscheinend der Plan des ermordeten Ministerpräsidenten Hara maßgebend, wonach Japan einer Herabsetzung auf 70 Prozent seiner Flottenstärke zustimmen und das englisch-japanische Bündnis aufgeben will.

Stinnes und Rußlands Aufbau.

Wirtschaftliche und politische Bedeutung für Deutschland. Der Abgeordnete Dr. Stinnes von der Deutschen Volkspartei kam bei einer Rede in Offenbach a. M. auch auf die Londoner Reise des Großindustriellen Stinnes zu sprechen. Die französischen Blätter schrien auf bei dem Gedanken, daß Stinnes mit Lloyd George etwa über den wirtschaftlichen Aufbau Rußlands durch England und Deutschland gesprochen hätte. Eine Kräftequelle für Deutschland ist aber der Wiederaufbau Rußlands. Darüber habe Stinnes auch mit Krasin, dem Abgeordneten Lenins, gesprochen. Daß er mit Lloyd George und Krasin darüber sprach, beweise, daß Stinnes eine große Achtung überall besitze. Wenn englisches, amerikanisches und französisches Kapital mit deutschem Kapital und deutscher Intelligenz dem Wiederaufbau Rußlands dienen, werde das für uns in Deutschland wirtschaftlich und politisch von großer Bedeutung sein.

Kaffee-, Tee- und Kakaozoll wie bisher

Der Reichstagsausschuß lehnt Erhöhungen ab. Im Verbrauchsteuerauschuß des Reichstages wurde ein wichtiger Beschluß über die Zollserhöhungen gefaßt. Die Zollsätze des Regierungsentwurfs für Kaffee, Kakao, Kakaobohnen, Kakaobutter, Kakaomasse, Kakaozoll und Tee wurden abgelehnt. Für diese Artikel bleibt es also bei den alten niedrigen Zollsätzen. Dagegen wurde der neue erhöhte Zollsatz für Schokolade und Schokoladenersatzmittel sowie Waren daraus vom Ausschuss bewilligt. Für Schokolade soll demnach also pro Doppelzentner ein Zollsatz von 200 Mark wirksam werden. Diese Beschlüsse des Ausschusses sind zwar noch nicht endgültig, aber es ist anzunehmen, daß sie vom Plenum des Reichstages bestätigt werden. Der Ausschuss nahm ferner die neuen Zollsätze für Bananen (Doppelzentner 10 Mark), Datteln und Traubenweine (60 Mark), Paprika (10 bis 50 Mark) und Gewürze (50 bis 100 Mark) an.

Aus der Debatte über den Kaffeezoll ist noch die interessante Bemerkung eines demokratischen Redners zu erwähnen, welcher erklärte, ein deutscher Arbeiter würde nach den geplanten neuen Zollsätzen zwei Tage für ein Pfund Kaffee arbeiten müssen, während ein englischer Arbeiter nur eine Stunde dafür zu arbeiten braucht.

Das Gold-Ausgeld.

Über die Frage der Erhöhung des sogenannten Goldagio erklärte ein Regierungsvertreter, daß das Ausgeld den Zins habe, den der Staat dem Wertpapier der Bank anzupassen. Der jeweilige Satz solle nicht allzu oft geändert werden. Für die nächste Zeit sei eine weitere Erhöhung zunächst nicht beabsichtigt; es müsse aber vorbehalten bleiben, je nach der Entwicklung des Marktes das Ausgeld zu erhöhen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz.

Der zuständige Ausschuss des Reichstages beendigte die erste Lesung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, nachdem die ursprünglich in Höhe von 50 Millionen Mark vorgesehene Zuschüsse des Reiches an die Länder verdoppelt worden waren. Die zweite Lesung soll am 9. Dezember beginnen. In Kraft treten soll das Gesetz erst am 1. April 1923.

Bayerische Erklärung gegen Briand.

Der französische Ministerpräsident Briand hat in seiner Rede auf der Washingtoner Konferenz gesagt, der bayerische Ministerpräsident habe sich gerühmt, über ein Heer von 300 000 Mann samt Ausrüstung zu verfügen. Halbamtlich wird dazu aus München erklärt, es scheine sich um eines jener Gerüchte zu handeln, die zur Zeit des Kampfes um die Einwohnerwehr über bayerische Verhältnisse verbreitet worden sind. Sie entsprechen in keinem Punkte der Wirklichkeit. Niemals hat ein bayerischer Ministerpräsident diese oder eine ähnliche Versicherung getan.

Widerstandnote der Reichsregierung nach Ungarn.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die deutsche Reichsregierung in der Frage der Abdrosselung des Beileidschreibens der ungarischen Regierung an den ehemaligen bayerischen Kronprinzen durch ihren Gesandten in Budapest die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Vorstellungen erhoben. Dabei handelt es sich um die Adresse, mit der die ungarische Regierung dem Prinzen Rupprecht von Bayern ihr Beileid zum Tode seines Vaters ausdrückt. Die Adresse lautet: „An Se. Majestät König Rupprecht von Bayern.“

Zulassung der deutschen Bevollmächtigten in Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission hat dem deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseerlaubnis für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr verweigern werde, die zum Zwecke der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einziehen wollen. Einem Einreisegebet des Generalvertreters für die Wirtschaftsfragen, Reichsminister a. D. v. Raumer, ist entsprochen worden.

Grenze der Lohnpfindung 8000 Mark.

Eine Novelle für Verordnung über Lohnpfindung ging dem Reichstages zu. Der Arbeitslohn bis 8000 Mark ist demnach pfändungsfrei. Soweit er diese Summe übersteigt, ist er zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen, jedoch nur bis zu einem Einkommen bis 50 000 Mark.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

wurden in Genuß mit einer Vorbesprechung unter dem Vorsitz des Bundesrats Kalander eröffnet. Dabei erklärten sowohl die deutschen wie die polnischen Vertreter, daß die mit dem größten Geist der Versöhnung an ihre Aufgabe herantreten würden und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der durch die Teilung Oberschlesiens aufgeworfenen Fragen interessiert sei. Als Ort der Hauptverhandlungen kommt voraussichtlich Danzig oder Wien in Frage.

Siegerwald in Amsterdam über Deutschlands Lage.

Von den christlichen Gewerkschaften war der frühere preussische Ministerpräsident Siegerwald nach Holland entsandt worden, um der dort stark von französischer Seite betriebenen antideutschen Agitation entgegenzutreten. Siegerwald führte aus, die innere politische Lage in Deutschland sei besser geworden. Monarchisten und Republikaner hätten sich genähert, der Bolschewismus sei weniger gefährlich geworden. Inwieweit in Deutschland der Bolschewismus unterdrückt werden kann, hängt von der Versorgung mit Lebensmitteln, sowie von der Haltung der anderen Länder Deutschlands gegenüber ab. Siegerwald hält zwei Dinge für notwendig: Eine Währungsvereinheit auf internationaler Grundlage und ein Moratorium für einige Jahre für die deutschen Zahlungsverpflichtungen.